

SAXGRÜN

Dezember 2021
Ausgabe 37

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag

SCHULDEN- BREMSE

Gastbeitrag von
Lasse Petersdotter

SOZIAL- INDEX

Schulen mit besonderen
Bedarfen fördern



NACHHALTIG UND KRISENFEST

ENERGIE FÜR DIE ZUKUNFT

BÜNDNIS
GRÜNE LANDTAG
SACHSEN



FRANZISKA SCHUBERT

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Corona-Krise ist und bleibt die größte Herausforderung der bisherigen Legislatur. Dem muss Politik Rechnung tragen. Der Begriff von Freiheit ist ins Zentrum gesellschaftlicher Diskussionen gerückt. Was ist Freiheit für Sie?

Politik ist verpflichtet, nach Lösungen zu suchen – nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für unsere Zukunft und die unserer Kinder. Wie das in der Gesundheits- und Sozialpolitik aussehen kann, beschreibt meine Kollegin Kathleen Kuhfuß in dieser Ausgabe.

Krisen sind immer ein Praxistest, auch für die Finanzpolitik. Die Schuldenbremse in Sachsen hat diesen Test nicht bestanden. Wir konnten lernen, dass der aktuelle Mechanismus die Situation verschärft. Es war aber nie die Idee einer Schuldenbremse, Krisen zu manifestieren und den Freistaat dadurch zusätzlich finanziell zu schwächen. Sachsen braucht einen zeitgemäßen Mechanismus, der uns sicher durch solche Krisen bringt und auch wieder herausholt – ein Mechanismus, der Investitionen und Entwicklung ermöglicht. Wir BÜNDNISGRÜNE haben deshalb Vorschläge für eine nachhaltige Finanzpolitik gemacht:

Wir wollen eine Verlängerung der Tilgungsfrist und richten uns dabei nach den Empfehlungen von bis zu 25 Jahren. Die Aufgaben der Gegenwart stehen klar vor Augen: Klimaschutz, Mobilitätswende, Digitalisierung, Bildung. Das schützt auch in Krisensituationen die Projekte, die den Zusammenhalt stärken. Außerdem würde unser Vorschlag für mehr Transparenz sorgen, was Überschüsse und deren Verwendung angeht.

Andere Bundesländer sind bei einer Modernisierung ihrer Schuldenbremse schon deutlich weiter, beispielsweise Schleswig-Holstein. Mein Finanzkollege Lasse Petersdotter, stellv. Fraktionsvorsitzender im Norden, hat deshalb einen inspirierenden Gastbeitrag verfasst (Seite 9). Weiterhin finden Sie in diesem Heft spannende Beiträge zur Energiewende, zu mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung – und zu vielem mehr.

Viel Freude beim Lesen! Bleiben Sie gesund!

Franziska Schubert
Fraktionsvorsitzende

Aus der Krise lernen



Im Interview spricht die BÜNDNISGRÜNE Gesundheits- und Sozialpolitikerin Kathleen Kuhfuß über die aktuelle Corona-Situation, Fehler bei der Pandemiebewältigung und wichtige Impulse für die Zukunft.

Kathleen, wie bewertest Du die aktuelle Situation?

Leider erleben wir momentan die Wucht der sogenannten 4. Welle. Diese stellt uns vor ganz neue Herausforderungen. Einerseits gibt es Erfahrungen, auf denen wir aufbauen können, andererseits aber auch in vielerlei Hinsicht Erschöpfungserscheinungen. Die Mitarbeitenden der Krankenhäuser und Pflegeheime sind nach der langen Zeit des Ausnahmezustandes am Ende ihrer Kräfte. Kinder, Jugendliche, Familien, Menschen mit Einschränkungen und Ältere wollen nicht wieder die Leidtragenden von Einschränkungen werden.

Zugleich zeichnet sich deutlich ab, dass der gemeinsame Weg aus der Krise nicht von allen mitgetragen wird. Das frustriert besonders jene Menschen, die schnell und sicher durch diese Pandemie kommen wollen, beruflich stark belastet werden oder durch körperliche Einschränkungen auch in der 4. Welle wieder in ihrer Teilhabe beeinträchtigt sind. Wir müssen deshalb besonders auch die Willigen im Blick behalten und täglich neu überlegen, was es braucht, um diese Menschen zu unterstützen. Unser politischer Anspruch als BÜNDNISGRÜNE ist es, die Menschen einzubeziehen und mitzunehmen.

Welche Fehler wurden aus Deiner Sicht in den vergangenen Pandemie-Monaten gemacht?

Auch nach vielen Monaten mit der Pandemie sind die Systeme noch immer nicht gut genug miteinander verzahnt – wir erleben nach wie vor Konflikte zwischen Stadt und Land, Hausärztinnen und -ärzten und Sozialministerium. Außerdem haben einige Entscheidungen des Bundes falsche Eindrücke entstehen lassen: So wurden beispielsweise erst sehr spät gesetzliche Regelungen für Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie am Arbeitsplatz festgelegt. Dadurch sah es für viele Menschen so aus, als ob in der Wirtschaft alles erlaubt sei, im Pflegeheim dagegen nichts. In Sachsen fehlt es uns zudem an einer kontinuierlichen wissenschaftlichen Begleitung. Aus Sicht von uns BÜNDNISGRÜNEN müssten Landtag und Corona-Ausschuss regelmäßig durch verschiedene Expertinnen und Experten beraten werden. Mit dem Pandemierat für Sachsen haben wir einen entsprechenden Vorschlag eingebracht.

Was wünschst Du Dir für die Zukunft

Wir sollten die Corona-Krise nutzen, um strukturelle Probleme anzugehen. Denn auch davor war im Bereich der Gesundheits-, Sozial-, Jugend- und Bildungspolitik nicht alles rosig. Durch die Pandemie ist nun noch einmal sehr deutlich geworden, wo ein dringendes Umdenken unumgänglich ist. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen die Situation deshalb ganz genau analysieren und Verbesserungen anstoßen.

Die Pandemie hat zudem gezeigt, dass die Themen Prävention und Gesundheit einen festen Platz in Schule, Arbeitsstätte und Co. brauchen – hier müssen mehr Angebote etwa zum Gesundheitsmanagement entstehen. Außerdem bin ich der festen Überzeugung, dass es zahlreiche sozialpolitische Anstöße gibt, die unsere Gesellschaft krisenfester machen: Dazu zählen für mich zum Beispiel die Integration von Alleinerziehenden im Arbeitsleben, die Verbesserung der Gruppenschlüssel in der Jugendhilfe, das Mitdenken von Inklusion oder der Ausbau von eigenem Wohnraum in der Wohnungslosenhilfe.



Die Corona-Pandemie hat darüber hinaus sehr deutlich gemacht, dass unsere Gesellschaft zunehmend durch Krisen polarisiert und auseinandergetrieben wird. Für die nächsten Jahre sehe ich es als unsere große Aufgabe, die Solidarität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Sachsen wieder zu stärken.

Mit voller Energie gegen die Klimakrise

Der Klimawandel ist die größte Herausforderung unserer Zeit, seine Bewältigung existenziell für das Fortbestehen unseres Planeten – bei kaum einem anderen Thema gibt es derzeit einen breiteren gesellschaftlichen Konsens. Doch wie kann echter Klimaschutz in Sachsen gelingen und was muss jetzt getan werden, um den Freistaat in eine nachhaltige Zukunft zu führen?

Genau diese Fragen versucht das neue sächsische Energie- und Klimaprogramm (EKP) anzugehen. Nach seiner Aktualisierung gibt es dem Freistaat nun die Chance, für alle Sektoren – wie etwa Verkehr, Landwirtschaft und Gebäudesanierung – ambitionierte Maßnahmen zu definieren, die mit dem völkerrechtlich bindenden und vom Bundestag einstimmig beschlossenen Pariser Klimaabkommen in Einklang stehen. Während das EKP die strategischen Leitlinien festlegt, wird aktuell der zugehörige Maßnahmenplan erarbeitet, der die Ziele in konkrete Projekte gießt.

Durch die Rahmenbedingungen des Kohlekompromisses ist bereits jetzt absehbar, dass die Braunkohle in naher Zukunft nicht mehr die zentrale Rolle in der Energieversorgung für Sachsen spielen wird. Zudem werden steigende Kosten für CO₂-Zertifikate schon weit vor dem gesetzlich festgelegten Ausstiegspfad dazu führen, dass Kohleverstromung nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden kann. Deshalb ist es folgerichtig, den Ausbau erneuerbarer Energien jetzt konsequent in den Fokus zu rücken. Klimaneutralität ist dabei längst auch zum entscheidenden Standortfaktor der Wirtschaft geworden.

„Sachsen muss Energiewendeland werden, um Energieland zu bleiben und dadurch Arbeitsplätze langfristig zu sichern“, betont Dr. Daniel Gerber, energie- und klimapolitischer Sprecher der Fraktion. „Wirtschaft und Forschung im Freistaat verfügen über wertvolles technisches Knowhow. Doch um bei Ansiedlungen von Unternehmen künftig den Vorzug zu erhalten, fehlt Sachsen aktuell noch die entscheidende Grundlage: grüner Strom.“

Windkraft voranbringen

Die Koalition hat mit dem EKP deshalb ein klares Ziel definiert: den Ausbau von zehn Terrawattstunden erneuerbarer Energien bis 2030. Als erstes Zwischenziel sind 4.400 Gigawattstunden bis zum Ende der Legislatur vereinbart. Der Anteil, den die Windenergie daran leisten soll, entspricht ungefähr 200 Anlagen. Künftig sollen unter anderem Repoweringvorhaben erleichtert und Kommunen beim Windkraftausbau bestärkt werden. Auch eigenständige kommunale Windenergieprojekte sollen in Sachsen möglich werden.

Aus BÜNDNISGRÜNER Sicht ist dabei klar: Die Transformation der Energieversorgung können wir nur gemeinsam mit den Sächsinen und Sachsen bewältigen. Transparenz, Partizipation an Verfahren und finanzielle Beteiligung sind wichtige Säulen, auf denen wir Vertrauen und Akzeptanz aufbauen wollen. So sieht das EKP beispielsweise vor, Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger, in deren Umgebung Windenergieprojekte umgesetzt werden, an den finanziellen Erträgen zu beteiligen. Zudem verfügt die Sächsische Energieagentur mittlerweile auf Initiative der BÜNDNISGRÜNEN über eine Dialog- und Servicestelle, die gezielt Konflikte moderiert und die Menschen vor Ort berät.

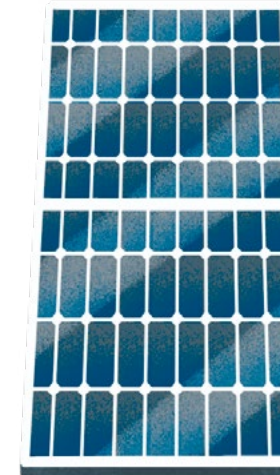


Mühlrose erhalten

Das Zeitfenster für einen Kohleausstieg schließt sich vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Klimakrise zusehends. Das gilt in Sachsen vor allem mit Blick auf das Lausitzer Revier. Eine von der BÜNDNISGRÜNEN-Fraktion beauftragte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat noch einmal verdeutlicht: Auch hier in Sachsen müssen zur Umsetzung des Kohlekompromisses keine weiteren Dörfer weichen. „Es ist energiewirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, für Kohleabbau nach 2030 heute noch kulturelle Substanz in der Lausitz zu vernichten und Menschen für den Abbau von Braunkohle umzusiedeln“, betont Dr. Daniel Gerber. „Es ist Teil der Energiewende, die Realitäten des 21. Jahrhunderts anzuerkennen und in neue, nachhaltigere Technologien zu investieren. Nur so erhalten wir den nachfolgenden Generationen die Chance auf eine lebenswerte Zukunft.“

Mehr Photovoltaik in Stadt und Land

Doch auch bei der Nutzung von Solarenergie hat Sachsen noch Nachholbedarf. Das EKP-Maßnahmenprogramm soll dazu beitragen, die Zahl an Photovoltaikanlagen im Freistaat deutlich zu erhöhen. Besonders im Fokus sind dabei zum Beispiel Freiflächenanlagen in Braunkohlerevieren, Bergbaufolgelandschaften und andere Flächen. Einen wichtigen Beitrag leistet hier die im August verabschiedete Photovoltaik-Freiflächenverordnung. Durch sie können Bieterinnen und Bieter bei Ausschreibungen der Bundesnetzagentur zur EEG-Förderung auch Gebote für sächsische Photovoltaik-Freiflächenanlagen abgeben. Böden, die nicht mehr landwirtschaftlich nutzbar sind, können so wieder nutzbar gemacht werden und die Kommunen von den Erträgen profitieren.



Doch Kommunen, Privatpersonen und Unternehmen sollen sich auch ganz unmittelbar einbringen und die Energiewende aktiv mitgestalten können. Hierfür bietet die Nutzung von Dach- und Fassadenflächen für Solarmodule eine besonders umweltverträgliche Möglichkeit, um die Potenziale von Gebäuden und Industrieanlagen optimal auszuschöpfen. Ziel ist es, dass alle Sächsinen und Sachsen zum Ausbau von Solarenergie beitragen und damit in eine grüne Zukunft investieren können. Denn die erneuerbaren Energien bilden die Grundlage für eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung nach dem Ende der Kohleverstromung.





Mehr Holzhäuser für Sachsen



THOMAS LÖSER

Wohnungspolitik, Stadtentwicklung und Bauen, Denkmalschutz

Gute Architektur ist auch mit ökologischen Baustoffen machbar. Das zeigt sich in Sachsen an der langen und erfolgreichen Geschichte des Holzbaus. Die landschaftsprägenden Umgebendehäuser oder die Entwicklung des industriellen Holzbaus in Niesky und Hellerau sind nur ein paar Beispiele.

Doch wer heute mit Holz als Hauptkonstruktionsbaustoff arbeiten will, steht teilweise vor hohen Hürden. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen diese abbauen. Denn vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Klimakrise sollte auch der Freistaat Sachsen seine Vorbildfunktion aktiv wahrnehmen und nachhaltiges Bauen in den Fokus rücken. Weltweit macht die Bau- und Gebäudewirtschaft nach einem UNO-Bericht mittlerweile 38 Prozent der globalen CO₂-Emissionen aus und verbraucht Unmengen an Energie und Rohstoffen wie Kies und Sand. Ein Umdenken im Bausektor ist deshalb auch hier im Freistaat dringend geboten.

Damit Bauen mit Holz und anderen nachhaltigen Rohstoffen in Zukunft in Sachsen kein Nischenprodukt mehr ist, gehen wir jetzt als Koalition mit der Gründung eines Holzbaukompetenzzentrums voran. Dort soll die Vielzahl innovativer Forschungseinrichtungen und handwerklicher Erfahrungen im Holzbau künftig gebündelt werden. Zudem soll der Freistaat mindestens fünf Holzbauprojekte vorbildhaft selbst realisieren.

Auf lange Sicht kommt uns die Aufheizung der Atmosphäre, die uns in Sachsen beispielweise in Form von Dürre, Hochwassern oder auch der Borkenkäferplage erreicht, teuer zu stehen. Deshalb ist es sinnvoll, den Verbrauch an Zement und Stahl stark zu reduzieren, weil die Erzeugung dieser Baustoffe sehr viel Energie benötigt und dadurch die Klimakrise beschleunigt. Die prämierten Projekte des Holzbaupreises Sachsen 2021 haben einmal mehr deutlich gemacht, dass nachhaltiges Bauen und gute Gestaltung Hand in Hand gehen können.

Weichenstellung für die Zukunft

Noch wuchert das Gras über zahlreichen Schienen in Sachsen, doch in Zukunft sollen auf vielen derzeit stillgelegten Gleisen wieder Züge rollen. Unser BÜNDNISGRÜNER Verkehrsexperte Gerhard Liebscher war in den vergangenen Wochen im ganzen Freistaat unterwegs und hat Engagierte getroffen, die sich für eine Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken einsetzen. Eine bessere Anbindung an die Ballungszentren würde den ländlichen Raum nicht nur deutlich attraktiver machen, sondern auch außerhalb der Städte eine Alternative zum Auto schaffen und somit die Straßen und die Umwelt entlasten.

Doch die Herausforderungen für die Kommunen sind ganz unterschiedlich. „Deshalb war mir diese Tour sehr wichtig, um mich mit den lokalen Gegebenheiten vertraut zu machen“, betont Gerhard Liebscher. „Es gibt keine Blaupause für die Streckenreaktivierung. Es braucht individuelle, passgenaue Lösungen, um den ländlichen Raum wieder besser anzuschließen.“

Um solche Lösungen zu finden, hat die Koalition mit dem Doppelhaushalt 2021/22 insgesamt 13 Millionen Euro bereitgestellt, mit denen die notwendigen Untersuchungen vorangebracht werden sollen. Ein erster wichtiger Schritt war dabei die Erstellung einer Potenzialanalyse. Diese hat gezeigt: Zahlreiche Strecken in Sachsen verfügen über Reaktivierungspotenzial und lohnen einer näheren Betrachtung.

Um wieder Züge auf stillgelegte Schienen zu bekommen, braucht es aber einen langen Atem. „So sehr ich es mir wünsche, aber leider lässt sich nicht direkt morgen mit der Umsetzung beginnen. Das ist auch den Beteiligten vor Ort bewusst“, so Gerhard Liebscher. „Trotzdem muss nun auf die Beschleunigung von Planungsprozessen hingearbeitet werden. Wir BÜNDNISGRÜNE bleiben dran, um unser Ziel der Verdopplung der Fahrgastzahlen bis 2030 zu erreichen. Denn Investitionen in die Schiene sind immer auch Investitionen in Wohlstand und Klimaschutz.“



GERHARD LIEBSCHER

Wirtschaft, Verkehr, Arbeitsmarktpolitik, Tourismus

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk von Morgen



© Jonathan Kemper/Unsplash

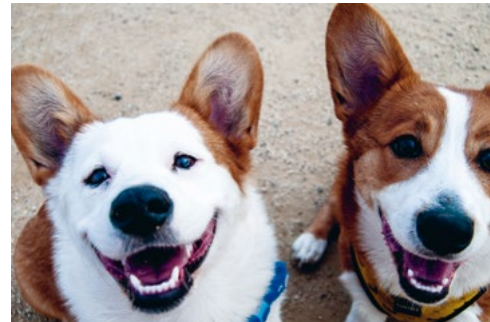
Die Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist eine Aufgabe, mit der sich die BÜNDNIS-GRÜNE-Fraktion schon lange beschäftigt. Zu den Herausforderungen bei der Aushandlung des neuen Staatsvertrages hat unsere Medienpolitikerin Dr. Claudia Maicher ein Positionspapier verfasst. Wir wollen eine zukunftsweisende Reform erreichen und eine Einschränkung der Rundfunkfreiheit verhindern.

„Die Angebote sollen die demokratische Meinungsbildung unter den Bedingungen von Digitalität und gesellschaftlichem Wandel bestmöglich unterstützen“, fasst Claudia Maicher die BÜNDNISGRÜNE Intention zusammen. „Wir brauchen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als unabhängiges Gegengewicht zu den privat-kommerziellen Medien und als Korrektiv gegenüber Falschmeldungen. Dafür ist eine Modernisierung der Sender unverzichtbar.“

Deshalb wollen wir Akzeptanz und gesellschaftliche Vielfalt durch den Ausbau von Angeboten für Kinder und Jugendliche sowie die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen stärken. Außerdem sollen die Anstalten flexibel entscheiden, ob sie bestimmte Zielgruppen am besten über Rundfunkkanäle oder Online-Abfrageangebote erreichen. Dazu braucht es eine gemeinsame Plattformstrategie der Sendeanstalten, um die Potentiale vorhandener Angebote besser auszuschöpfen. Zudem steht die gesellschaftliche Verantwortung der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten im Fokus. Hier besteht ein großer Bedarf an Formaten für den Austausch von Menschen, um Filterblasen platzen zu lassen. Aber auch intern haben die Sender eine Verantwortung: Soziale Standards und eine faire Rechtaufteilung bei der Vergütung von Medienschaffenden sollten selbstverständlich werden.

Mehr Informationen zum Positionspapier:
→ <https://bit.ly/saxgruen-rundfunk>

Für mehr Tierschutz in Sachsen



© gettagotflow/Unsplash

Tierschutzvereine und Tierheime leisten eine wichtige Arbeit für unsere Gesellschaft. Durch sie werden Tiere gepflegt, geschützt, versorgt und in ein neues Zuhause vermittelt. All das wäre nicht ohne die Arbeit der vielen zumeist ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer möglich. Gleichzeitig sind viele Einrichtungen überbelegt, während die finanzielle Ausstattung sehr knapp ist. Ein weiteres aktuelles Problem stellt der illegale Welpenhandel dar.

Wir BÜNDNISGRÜNE wollen, dass der Freistaat in Zukunft seiner Verantwortung für umfangreichen Tierschutz noch besser gerecht wird. Im Doppelhaushalt 2021/2022 konnte durch die Koalition bereits das Fundament für mehr Unterstützung gelegt werden, indem die Zuschüsse für Tierheime um 320.000 auf 670.000 Euro jährlich fast verdoppelt wurden. Mit dem Beschluss des Antrages „Arbeit der Tierschutzvereine und Tierheime verbessern“ wird diese Unterstützung nun vor Ort konkret spürbar. Der Freistaat Sachsen wird den Tierheimen zukünftig besser den Rücken stärken und die Personalkosten anteilig übernehmen. Das kommt auch den vielen Ehrenamtlichen zugute.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Berufung einer oder eines Landestierschutzbeauftragten. Für diesen Aufgabenbereich steht nun erstmals Geld im Landeshaushalt zur Verfügung. Die oder der Beauftragte soll künftig die Belange des Tierschutzes in Sachsen umfassend im Blick haben und zwischen den einzelnen Akteurinnen und Akteuren vermitteln. Dazu soll auch ein Runder Tisch beitragen, der sich mit den aktuellen Problemen und Herausforderungen der Tierheime beschäftigt.

Mehr Informationen zum Antrag „Arbeit der Tierschutzvereine und Tierheime verbessern“:
→ <https://bit.ly/saxgruen-tierschutz>

Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck



Lasse Petersdotter, stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Schleswig-Holstein, beschreibt in seinem Gastbeitrag die Chancen und die Notwendigkeit der Modernisierung der Schuldenbremse.

„Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise“, stellte Angela Merkel vor über zehn Jahren fest. Anlass für diese Erkenntnis war eine durch Gier und Arroganz ausgelöste weltweite Finanzkrise. Schnell entschied sich der Bund dazu, eine Schuldenbremse in das Grundgesetz aufzunehmen. Viele Länder, darunter Schleswig-Holstein, taten es ihm in den Landesverfassungen gleich.

Im Kern wurde die Schuldenbremse als Instrument der Generationengerechtigkeit argumentiert. Man wolle folgenden Generationen keine erdrückenden Schuldenberge hinterlassen. Und dieser Ansatz ist nachvollziehbar, hohe Schulden bedeuten auch hohe Ausgaben für Zinsen, damals noch viel mehr als heute. Dagegen wirkt die Schuldenbremse, sie sorgt für Haushaltsdisziplin.

Ausgeglichene Haushalte alleine sind allerdings noch keine angewandte Generationengerechtigkeit. Kein Land wird in den kommenden Jahren schuldenfreie Haushalte erreichen. Meist wird es Jahrzehnte bis zu Jahrhunderten brauchen, die Schulden zu begleichen. Eine andere Krise droht uns bis dahin längst eingeholt zu haben: die Klimakrise.

Nehmen wir das für den Klimaschutz so wichtige Jahr 2050. Sollten wir bis dahin jedes Jahr 100 Millionen Euro tilgen können, würde die Schuldenquote Schleswig-Holsteins im Jahr 2050 bei guter wirtschaftlicher Entwicklung rund 99 Prozent betragen. Würden wir gar nichts tilgen, liegt die Schuldenquote bei 109 Prozent. Dazu muss man sagen, dass 100 Millionen Euro für ein Land wie Schleswig-Holstein sehr viel Geld ist. Ökonomisch ist nicht zu erwarten, dass das Land ohne Kürzungen in wichtigen Bereichen jedes Jahr einen solchen Betrag tilgen könnte. Der Effekt und Sinn einer ambitionierten Schuldentilgung ist also überschaubar.

Ein Staat kann seine Ausgaben im Wesentlichen aus Steuern und Abgaben oder eben aus Schulden finanzieren. Es ist offensichtlich, für welchen Weg man sich in der Vergangenheit entschied. Eine wirksame und sozial gerechte Besteuerung hätte uns einige Schulden ersparen können.

Ausgeglichene Haushalte alleine sind noch keine angewandte Generationengerechtigkeit.

Lasse Petersdotter



© www.lasse-petersdotter.de

Stattdessen lässt man weiterhin die sogenannten „künftigen Generationen“ die Rechnung zahlen. Sie sollen die Haushalte ausgleichen, Infrastruktur sanieren, sparen und nebenbei noch den Planeten retten. Das wird nicht funktionieren. Sie können nicht die Schulden abbezahlen und auch noch die Klimakrise zum Nulltarif aufhalten.

Wir haben noch weniger als zehn Jahre, um die notwendigen Maßnahmen gegen die Klimakrise einzuleiten. Wenn jetzt Verteilungskämpfe entstehen, wird die Jugend diesen Kampf verlieren. Das liegt auch am demografischen Ungleichgewicht. Klimaschutz wird nicht im Verteilungskonflikt der Generationen gelingen, er wird on top finanziert werden müssen.

Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck, sie soll die Generationengerechtigkeit stärken. Heute steht sie diesem Ziel im Weg. Es wäre richtig, jetzt die Niedrigzinsphase zu nutzen, um gemeinsam in eine lebenswerte Zukunft zu investieren. Für alle Generationen.



Wir trauern um Petra Zais

Unsere ehemalige Abgeordnete Petra Zais verstarb am 7. Oktober 2021 nach einer kurzen schweren Krankheit im Alter von 64 Jahren. Sie gehörte in der 6. Legislaturperiode (2014–2019) für die BÜNDNISGRÜNEN dem Sächsischen Landtag an.

Die Nachricht von ihrem Tod hat unsere Fraktion tief getroffen. Petra Zais stand stets mit großer Überzeugung, klaren Worten und vollem Einsatz für ihre Herzensthemen ein. Ihr Engagement für bessere Bildungschancen für Kinder und Jugendliche sowie ihre Unterstützung für geflüchtete Menschen bleiben unvergessen.

Ihre Empathie und Menschlichkeit wurden nicht nur in unserer Fraktion sehr geschätzt, sondern haben ihr auch über die parteipolitischen Grenzen hinweg viel Respekt und Anerkennung eingebracht. Die BÜNDNISGRÜNE Familie in Sachsen verliert mit ihr ein wichtiges Mitglied. Wir werden Petra sehr vermissen.

Wir wünschen der Familie viel Kraft und werden Petra gemeinsam in Erinnerung halten.

„Ungleiches ungleich behandeln“: Schulen mit besonderen Bedarfen fördern

Gute Bildung für alle – dieser Anspruch wird in der Realität leider oft genug verfehlt. Denn Kinder haben unterschiedliche Startbedingungen. Auch die Ausstattung von Schulen, das Lernumfeld und die angebotenen Unterstützungsleistungen bestimmen zu einem wichtigen Teil über den Bildungserfolg unserer Kinder. Wie also schaffen wir mehr Chancengerechtigkeit und fördern alle Kinder optimal?

Mit dem Doppelhaushalt 2021/22 und einem entsprechenden Antrag leistet die Koalition aus CDU, BÜNDNISGRÜNEN und SPD einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung dieser gesellschaftlichen Aufgabe. Über einen sogenannten Sozialindex, der relevante Daten aus der Schul- und Sozialraumstatistik bündelt, sollen zusätzliche Gelder an die Schulen verteilt werden, die mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind. Dabei stehen verschiedene Fragen im Raum: Was bedeutet ‚besonderer Bedarf‘, über die Grundaussstattung hinaus? Welche Faktoren im Umfeld der Einrichtung oder in der Einrichtung selbst sind relevant für die Arbeit von Kitas und Schulen? Welche so definierten Kriterien begründen welchen Ressourcenbedarf?

Dieser Ansatz ist nicht neu. Im Freistaat Sachsen werden bereits beim Einsatz von Assistenzkräften Schulen mit besonderen Herausforderungen vorrangig berücksichtigt. Auch im Bereich der frühkindlichen Bildung gibt es Beispiele für einen entsprechenden Fokus, etwa beim ESF-Programm ‚Kinder stärken‘. Kommunal werden Daten aus der Sozial- und Bildungsberichterstattung genutzt, um Einrichtungen in belasteten Sozialräumen besser zu unterstützen. In mehreren anderen Bundesländern wurde zudem bereits ein Sozialindex entwickelt, etwa in Hamburg oder Schleswig-Holstein. Während bisher aber hauptsächlich Stadtstaaten Erfahrungen gesammelt haben,



© Kristen Stock

sind die Anforderungen und Schwierigkeiten bei der Erstellung eines ‚Sozialindex‘, etwa bezüglich der Verfügbarkeit von Daten, in einem Flächenland anders gelagert. In dieser fachpolitischen Debatte kann Sachsen nun einen wichtigen Beitrag leisten.

„Wir wollen Ungleiches auch ungleich behandeln, anstatt mit ‚Gießkannen‘- oder gar ‚Windhund‘-Prinzip Gelder zu verteilen“, fasst unsere bildungspolitische Sprecherin Christin Melcher zusammen.

Der Sozialindex hat das Potential, einen echten Paradigmenwechsel für die Chancengerechtigkeit in der Bildung in Sachsen einzuleiten. Ich freue mich, dass wir diesen Weg jetzt gehen, denn gute Bildung ist ein Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und soziale Sicherheit.

Christin Melcher

Mehr Informationen zum Antrag „Kindertageseinrichtungen und Schulen mit besonderen Bedarfen gezielt unterstützen – Sozialindex erarbeiten“:
→ <https://bit.ly/chancengerechtigkeit>



Social Media Wall



Petra Sejdi
@PetraSejdi

Wir tragen Verantwortung für Geflüchtete. Sachsen muss sicherstellen, dass Menschen nicht in lebensgefährliche Situationen abgeschoben werden.
[#Abschiebestopp](#) [#LeaveNoOneBehind](#)

29. September 2021



Christin Melcher
chmelcher

Die parlamentarische Sommerpause ist vorbei und wir tauschen uns zwei Tage lang intensiv darüber aus, welche Projekte wir als Bündnisgrüne Fraktion in den kommenden Monaten voranbringen wollen. Heute Vormittag ging es um die Änderung der Landesverfassung. Am Nachmittag wollen wir uns diverse Projekte in Chemnitz anschauen.

[#gruene](#) [#gruenesachsen](#) [#sachsen](#)
[#chemnitz](#) [#ilp](#)



08. September 2021



Ines Kummer
@kummer.ines

Sicher ist sicher! Ich hab mich diese Woche vorsichtshalber gegen Grippe impfen lassen. Ein kleiner Pieks, der mich hoffentlich sicher durch den Winter bringen wird! Seid ihr auch schon geimpft?

[#impfen](#) [#grippe](#) [#winter](#)
[#sächsischerlandtag](#) [#grünefraktion](#)



13. Oktober 2020



Franziska Schubert
@Franziska0L

Die @HochschuleZiGr ist Standortfaktor in Ostsachsen. [#Strukturwandel](#) heißt, in Bildung zu investieren. Wir brauchen gute Leute mit offenem Horizont. Irgendwann wollen wir so viele sein, dass wir kein blauer @LK_GR mehr sind. Darum ist mein Engagement auch ein ganz persönliches.

Görlitzer Anzeiger @goerlitz_news · 23. Sep.
Franziska Schubert von den Bündnisgrünen sichert fünf Millionen Euro für Projekt der Hochschule Zittau-Görlitz. Politik ist halt mehr als meckern. | zittauer-anzeiger.de/zittau/politik...

23. September 2021



Valentin Lippmann
VaLippmann

Die Diskussion um die [#Videoüberwachung](#) in [#Chemnitz](#) ist eine einzige Groteske zu Lasten der [#Grundrechte](#). Es ist unerklärlich, wie man in einem hochsensiblen Grundrechtsbereich so tut, als wäre es Raketenphysik, die Kameras bei [#Versammlungen](#) abzuschalten.

17. Juli 2021



Volkmar Zschocke
@volkmarzschocke

[🌱](#) Habt ihr eine pflanzliche Lieblingsmilch? Und kennt ihr regionale Erzeuger:innen?

Vegane Ersatzprodukte und Milchalternativen liegen im Trend. Auch die regionale Landwirtschaft und der Klimaschutz können davon profitieren.



01. Oktober 2020

[f GrueneFraktionSachsen](#) [@SaxGruen](#) [gruenefraktionsachsen](#)

Die SAXGRÜN und weitere Publikationen direkt bei uns per E-Mail bestellen: gruene-presse@slt.sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

Telefon: 0351 493 48 11 | Telefax: 0351 493 48 09 | E-Mail: gruene-presse@slt.sachsen.de

Redaktion: Eric Heffenträger (V.i.S.d.P.), Kevin Schwarzbach, Clement Lippitsch, Elenor Breusing, Jaroslaw Kubiak

Gestaltung und Illustrationen: die superpixel | Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

→ www.gruene-fraktion-sachsen.de